

milie zu zeichnen, das in seiner Vielschichtigkeit und Gebrochenheit die Sendereihe letztlich doch über das sonst gängige Niveau von Serien dieser Art hinaushebt. Vor allem die Spannung zwischen nonkonformistischem Berufsethos einerseits und den Bedürfnissen eines volksgemeinlich geprägten Gemeindemilieus wird plausibel. Daß diese Welt um das Pfarrhaus von Talberg ihrerseits mit mancherlei Klischees möbliert ist, bis hin zu jener unsichtbaren Regie, die halt doch immer alles zum Guten wendet (wie sonst sollte die Serie auch weitergehen), scheint demgegenüber unerheblich. Möglicherweise nehmen Kritiker, die ihren Spott darüber ausschütten, die erzählte Wirklichkeit ernster als jene, die sie mit ihren vermeintlich unaufgeklärten Bedürfnissen nach Idyllen und Biedermeier vor den Fernsehgeräten vermuten.

Sosehr der Film also aus kirchlicher Sicht durchaus als Glücksfall gelten darf, so offenbarte die Sendereihe doch zugleich auch – ungewollt – einen bedenklichen und bedenkenswerten Umgang der Kirchen – vor allem der protestantischen – mit dieser Erfahrung. Das ganze wirkte so, wie wenn eine notorisch vernachlässigte Minderheit im Land aufatmet und verwundert feststellt, daß man sich „in der Welt draußen“ nun doch für sie interessiert. Man denkt bereits darüber nach, inwieweit eine solche Serie das Bild von Kirche verändern bzw. dazu beitragen kann, eine kirchenfreundlichere Stimmung hierzulande zu schaffen, anstatt in dieser Hinsicht auf die eigenen Kräfte zu vertrauen. Was sagt es eigentlich über das Selbstbewußtsein eines Kirchenvolkes aus, wenn der Autor der Sendereihe in einem Interview mit dem Evangelischen Pressedienst geradezu wie in einem Hilferuf anmerkt: „Ich wollte doch nur eine Unterhaltungsserie schreiben“, und darauf hinweist, wie viele kirchliche Gruppen ihn schon eingeladen hätten, vor ihnen zu sprechen? Weiß man nicht, wie es in den eigenen Pfarrhäusern zugeht, wenn man sich nach einer solchen Serie von Fachleuten und Insidern erst erklären lassen muß, daß so tatsächlich die Wirklichkeit aussieht? nt

Österreich: Die innerkirchliche Situation wird noch schwieriger

Die Hoffnungen und Erwartungen der Kirche in Österreich, durch den harmonisch verlaufenen zweiten Pastoralbesuch von Papst Johannes Paul II. im Juni des Vorjahres seien die durch die Bischofsernennungen in Wien entstandenen Spannungen zwischen dem Apostolischen Stuhl und maßgeblichen kirchlichen Kreisen in Österreich aus der Welt geschafft worden, haben sich als Illusion erwiesen. Die Vorgangsweise bei der Bestellung des neuen Erzbischofs von Salzburg und des Nachfolgers für Bischof *Bruno Wechner* in Feldkirch zeigt vielmehr, daß sich in Rom bei der Bestellung von Bischöfen ein Kurs durchgesetzt hat, der auf die Wünsche und Sorgen der Ortskirchen keine Rücksicht mehr nimmt und Kandidaten von ganz bestimmten ideologischem Zuschnitt bevorzugt. Die Vorstellung, man könnte dieser Strategie durch eine intensivere Information im Vatikan begegnen oder sie durch betont loyale Zurückhaltung unterlaufen, erwies sich als unreal.

Eine durchgehend spürbare Enttäuschung

Die Folge ist eine durchgehend spürbare Enttäuschung, ja Erbitterung in katholischen Kernschichten Österreichs, und die Art und Weise der Bestellung des Dechanten von Altenmarkt im Pongau, *Georg Eder*, zum Salzburger Erzbischof stößt allenthalben auf herbe Kritik. Es wird befürchtet, daß diese Kritik zur offenen Empörung eskalieren wird, nachdem in Vorarlberg tatsächlich der Regionalvikar des Opus Dei in Österreich, *Klaus Küng*, zum neuen Diözesanbischof in diesem eigenwilligen österreichischen Bundesland ernannt worden ist. Schon formieren sich Kräfte in katholischen Kernschichten, die – auch von den Bischöfen – eine deutlichere Sprache ge-

genüber dieser, wie sie meinen, Mißachtung der Ortskirchen in Rom verlangen.

Der Papst nahm am 5. September 1988 das Rücktrittsgesuch des 80jährigen Salzburger Erzbischofs *Karl Berg* an, das dieser schon fünf Jahre zuvor in Rom eingereicht hatte. *Karl Berg* trat 1973 sein Amt an und steuerte seine Erzdiözese in den folgenden Jahren sehr behutsam durch die Klippen der damaligen innerkirchlichen Auseinandersetzungen. Im Dezember 1985 wurde er zum Vorsitzenden der österreichischen Bischofskonferenz gewählt. In dieser Funktion gewann er immer mehr Profil, als er ohne jede Aggressivität, bescheiden und doch mannhaft die Position der Kirche Österreichs in den Turbulenzen um die jüngsten Bischofsernennungen in Wien vertrat.

Bereits wenige Tage nach Annahme des Rücktritts von Erzbischof *Berg* langte beim Domkapitel von Salzburg der Dreivorschlag aus Rom mit den Namen der Kandidaten für das Amt des neuen Erzbischofs ein, der bekanntlich den Ehrentitel eines „Primas Germaniae“ trägt. Es heißt, daß in diesem Dreivorschlag der Regionalvikar des Opus Dei, der jetzt für Voralberg ernannte *Klaus Küng*, der Moraltheologe *P. Andreas Laun* und der Dechant von Altenmarkt, *Georg Eder*, genannt worden sind. Angesichts dieses Vorschlages, in dem kein einziger Name der von den österreichischen Bischöfen oder vom Salzburger Domkapitel genannten Kandidaten enthalten war, entschloß sich das Domkapitel, zunächst nicht zu wählen. In einer öffentlichen Erklärung des Domkapitels, die anlässlich des Festes der Diözesanpatrone *Rupert* und *Virgil* am 24. September an die Presse weitergegeben wurde, ist die Einheit in der Erzdiözese, die Einheit des Klerus mit den Laien und die Einheit der Ortskir-

che Salzburg mit der Weltkirche und mit dem Papst beschworen worden. Bei der Wahl des Bischofs sollten alle Einflußnahmen extremer Gruppierungen ferngehalten werden. Es gehe nicht an, daß „einzelne Rechtgläubigkeit, Frömmigkeit und Papsttreue für sich beanspruchen“.

In weiterer Folge entschloß sich das Kapitel, durch direkte persönliche Kontakte die Situation der Erzdiözese Salzburg in Rom darzustellen. Ende September hatten Domdechant *Leonhard Luftenegger* und der Salzburger Kanoniker *Hans Walter Vavrovski* auf privater, informeller Ebene Gelegenheit, Gespräche im Staatssekretariat in Rom und mit Kardinal Ratzinger zu führen. Nach diesen Gesprächen wandte sich das Domkapitel mit einer Bittschrift auf Grund des Kirchenrechtes can. 212, par. 2,3 um Anhörung einer offiziellen Delegation direkt an Johannes Paul II. Ziel der Bittschrift war es nicht, mit dem Papst Verhandlungen über den Dreivorschlag zu führen, sondern die örtliche Lage im Erzbistum Salzburg auf offizieller Ebene darzustellen. Die Bitte aus Salzburg wurde aber von der Nuntiatur in Wien nicht einmal beantwortet. Auch Bemühungen, den aus der Schule von Hans Urs von Balthasar stammenden Dominikanerpater *Christoph Schönborn* (Fribourg) als Kompromißkandidaten zu lancieren, mißlingen.

Rom blieb unnachgiebig

In einem Schreiben vom 14. Dezember teilte schließlich der Hl. Stuhl dem Salzburger Domkapitel mit, daß er auf der Durchführung der Wahl aus dem vorliegenden Dreivorschlag beharrt. Begründet wurde dieses Verlangen mit dem Wortlaut des österreichischen Konkordates („Bei Erledigung des erzbischöflichen Stuhles von Salzburg benennt der Heilige Stuhl dem Metropolitenkapitel in Salzburg drei Kandidaten, aus denen es in freier, geheimer Abstimmung den Erzbischof zu wählen hat“) und mit dem ausdrücklichen Wunsch des Papstes.

Unter dem Eindruck dieser Mitteilung aus Rom wählten die zwölf Kanoniker

am 21. Dezember Dechant Georg Eder zum 88. Nachfolger des hl. Rupert. Auf ihn sollen allerdings nur drei oder vier Stimmen entfallen sein, der Rest hat sich, wie es heißt, der Wahl enthalten. Als Dechant Eder am 30. Dezember nach einer Bedenkfrist die Wahl annahm, veröffentlichte das Domkapitel eine ungewöhnliche Erklärung, in der es hieß, die Auswahl der Kandidaten für den Dreivorschlag aus Rom sei nicht in so ausgewogener Weise vorgenommen worden, wie man dies aus den Namenslisten, die von der Diözese offiziell eingegeben wurden, und aus der Praxis früherer Bischofswahlen erwarten durfte. Aus diesem Grund habe man sich in einer Bittschrift an den Hl. Stuhl gewandt, um die Lage und Bedürfnisse der Diözese direkt darzustellen und auf diese Weise die Entscheidungsfindung erleichtern zu können. Als dieser Bitte von Rom nicht stattgegeben wurde, hätten die Kanoniker, auf denen „ein schwerer Gewissenskonflikt lastete“, die Wahl durchgeführt.

In einem gesonderten Abschnitt der Erklärung bekundete das Kapitel seine Bereitschaft, dem „als Pfarrer und Dechant von Altenmarkt bekannten Diözesanpriester Georg Eder mit einem Vorschuß des Vertrauens entgegenzukommen“. Die Gläubigen wurden aufgefordert, Erzbischof Georg als neuen Oberhirten anzunehmen, sobald seine Ernennung durch den Papst erfolgt. Gleichzeitig bedauerte das Domkapitel, daß entgegen allen Rechtsgepflogenheiten und unter Mißachtung des Freiraumes einer persönlichen Gewissensentscheidung schon vor Zustimmung des Gewählten seine Person und sein Leben in die Öffentlichkeit gezerrt worden seien.

Besorgte Reaktionen nach einer seltsamen Wahl

Tatsächlich waren schon vor Annahme der Wahl durch Georg Eder zahlreiche Reportagen über den gewählten neuen Erzbischof in mehreren Zeitungen und auch im Fernsehen veröffentlicht worden, in denen vor al-

lem dessen *betont konservative Grundhaltung* herausgestellt worden ist. So wurde mitgeteilt, Georg Eder zelebrierte in seiner Pfarre die Messe mit dem Rücken zum Volk, in anderen Berichten ist Eder, der heute im 61. Lebensjahr ist und seinerzeit Sekretär bei Erzbischof Rohracher war, als eifriger Pfarrer geschildert worden. Für mediale Aufregung sorgte jedoch die Neujahrspredigt des Dechants in Altenmarkt, in der der neugewählte Erzbischof einerseits sagte, er habe den Vorsatz gefaßt, allen zu verzeihen, andererseits sprach er vom „Urfeind des Friedens, dem atheistischen Bolschewismus“ und davon, daß jeder, der den Rosenkranz betet, mehr Frieden bringt als die Friedensdemonstrierer. Die Boulevardpresse stürzte sich mit sichtlicher Freude auf diese Äußerungen, um sie zu zerpfücken und hochzuspielen, bis schließlich die Äußerung Eders gegenüber einer Zeitung, die Demokratie habe einen „fürchterlichen Freiheitsdrang“ verursacht, zu einer öffentlichen Stellungnahme von Bundeskanzler *Franz Vranitzky* führte, der seinerseits wieder durch den Wiener Weihbischof *Kurt Krenn* korrigiert wurde.

In dieser heiklen Situation wandte sich Kardinal *Franz König*, der Alt-Erzbischof von Wien, der nach wie vor hohes Prestige in allen Schichten der Bevölkerung genießt, mit dem Appell an alle österreichischen Katholiken, sich durch aufgebrochene Gegensätze nicht in ihrem festen Vertrauen auf Gottes Führung beirren zu lassen und der Kirche die Treue zu halten. Auch der Grazer Diözesanbischof *Johann Weber* warnte vor Frontenbildung und Schützengrabenmentalität sowie vor unqualifizierten, verzerrten Darstellungen der kirchlichen Situation. Von Spaltung der Kirche in Österreich könne keine Rede sein, denn immer habe es verschiedene Denk- und Aktionsrichtungen gegeben. Andererseits meinte Weber, in Rom möge man die „sehr, sehr ernste Erklärung“ des Salzburger Domkapitels nicht zu den Akten legen, sondern man müsse ernsthaft darüber nachdenken. Es wäre keine gute Art, über die schmerzlichen Auseinandersetzungen in Salzburg einfach hinwegzugehen. Nach Ansicht

des Wiener Weihbischofs *Florian Kuntner* wäre manche bedenkliche Entwicklung vermeidbar gewesen, wenn man in Rom die Kirche Österreichs mehr gehört hätte, als dies der Fall war. Das II. Vatikanische Konzil habe die Bedeutung eigenständiger Lokalkirchen erkannt. Wie die Kirchengeschichte zeige, könne es zu katastrophalen Fehlentwicklungen führen, wenn etwa einseitig nur auf die von der Kirchenleitung ausgehenden Impulse gesetzt werde.

Wer wird Vorsitzender der Bischofskonferenz?

Der Kärntner Diözesanbischof *Egon Kapellari* warnte davor, die gegenwärtigen Turbulenzen nur in den Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit der Ernennung neuer Bischöfe begründet zu sehen. Ursachen dafür seien vielmehr unterschiedliche, ja gegensätzliche Einschätzungen der Stärke wie der Gefährdung des Glaubens sowie des kirchlichen Lebens in Österreich und in anderen Ländern: „So glauben manche, daß die Kirche hierzulande unter den heutigen gesellschaftlichen Bedingungen gar nicht viel lebendiger sein könnte, als sie es ist. Andere wiederum zählen besorgt die Mängel der Kirche auf und bedenken manchmal zu wenig, daß die Kir-

che immer zugleich Heilige und Sünder in sich vereinigt hat.“

Ungeachtet dieser Lage gab die österreichische Bundesregierung am 10. Januar für Georg Eder und am 17. Januar für Klaus Küng die im Konkordat geforderte Erklärung ab, daß gegen deren Bestellung keine politischen Einwände bestehen. Die „technischen Prozeduren“ der Bestellung waren damit abgeschlossen. Die Diskussionen um diese Vorgangsweise gehen aber in unverminderter Heftigkeit weiter, die Emotionen sind hochgeschaukelt, der Schaden für die Kirche ist enorm. Die wichtigste kirchenpolitische Frage ist nun: Wer wird nach dem Rücktritt von Erzbischof Karl Berg als Vorsitzender der Österreichischen Bischofskonferenz, der nach der Bestellung der beiden neuen Bischöfe zu erwarten ist, zu seinem Nachfolger gewählt werden? Dieser Zeitplan war schon im Sommer des Vorjahres, anlässlich der Annahme des Rücktrittsgesuches von Erzbischof Berg, von Rom vorgegeben worden. Jetzt ist abzusehen, daß mit der Bestellung des neuen Erzbischofs von Salzburg und mit der darauf folgenden Ernennung des neuen Bischofs von Vorarlberg eine folgenschwere Änderung der internen Kräfteverhältnisse in der Bischofskonferenz herbeigeführt wird. Damit dürfte die Situation der Kirche in Österreich noch schwieriger werden. F. C.

schon Armee und Guerilla beschränkt. Wie derzeit kein anderes Land Lateinamerikas ist Kolumbien von einem Netz organisierter und individueller Gewalt überzogen, ohne daß Regierung und Justiz ihr Einhalt gebieten könnten. Nach vorsichtigen Schätzungen werden seit 1986 jährlich 10 000 Kolumbianer Opfer allgemeiner Kriminalität oder politischer Gewalt; von Amnesty International zitierte Polizeiberichte geben allein für 1986 14 000 registrierte Mordopfer an – bei 29 Millionen Einwohnern kommt ein Gewaltopfer auf 2000 Kolumbianer.

Armut als strukturelle Form von Gewalt

Mit der Zunahme der Gewalttätigkeiten vermischen sich zusehends die gesellschaftlichen und politischen Faktoren, die ausschlaggebend waren für ihr Entstehen. Eine vor zwei Jahren erstellte soziologische Studie über das Phänomen der Gewalt in Kolumbien zeigte die Komplexität der Ursachen und Wirkungen von Gewalt auf; heute sind die Urheber und Täter der alltäglich gewordenen Gewalttaten oft nur noch zu vermuten: paramilitärische Kommandos, Linksextremisten und immer bestimmender das *Geschäft mit dem Rauschgift* auf allen sozialen Ebenen. Die Opfer sind linke Oppositionelle und Gewerkschafter, aber immer häufiger auch nur mutmaßliche Regimegegner, Menschenrechtler, Richter, Journalisten, Bauern und Polizisten. In immer zahlreicheren Fällen werden in Polizeiberichten persönliche Auseinandersetzungen als Motiv angegeben, hinter denen in Wirklichkeit eher eine wie immer geartete Verwicklung in den Drogenhandel vermutet werden kann.

Neben gezielten Mordanschlägen – im Februar 1988 wurde der Generalstaatsanwalt *Carlos Mauro Hoyos* entführt und ermordet, im Dezember 1987 der Führer der linksgerichteten „Patriotischen Union (UP)“, *Jaime Pardo Leal* – wurden in jüngster Zeit regelrechte Massaker begangen: Mitte November 1988 kamen bei einem Überfall Bewaffneter in der nordkolumbianischen Stadt Segovia mindestens 42 Zivilisten ums Leben. Das

Kolumbien: Sorgen der Bischöfe angesichts eskalierender Gewalt

Die offenbar immer unkontrollierbarer sich ausbreitende Gewalt in Kolumbien hat die Bischöfe des südamerikanischen Landes auf den Plan gerufen: Der Episkopat unter dem neuen Vorsitzenden Kardinal *Alfonso López Trujillo*, hat sich angeboten, zwischen Regierung und Aufständischen zu vermitteln. Bisher hat der seit zwei Jahren amtierende Präsident *Virgilio Barco* anders als sein Vorgänger *Belisario Betancur* allerdings keine Bereitschaft zu Gesprächen mit den Guerilla-Organisationen gezeigt. Er stellte ihnen im

August lediglich eine Amnestie für den Fall in Aussicht, daß sie die Waffen niederlegen. Die Aufständischen ihrerseits taktieren unterschiedlich: Die gesprächsbereite „M-19“, aber auch die FARC („Bewaffnete Revolutionsarmee Kolumbiens“) bemühen sich darum, als politische Gesprächspartner anerkannt zu werden, während z. B. die ELN („Nationale Befreiungsarmee“) Verhandlungen ablehnt. Das Phänomen der Gewalt in Kolumbien ist jedoch keineswegs auf die militärischen Auseinandersetzungen zwi-